

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen wärtl. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1.35,
ausserhalb desselben M. 1.35,
hievon Bestallgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meßstern,
Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Spaltenzeitung.
Kontinuum 15 Pfg. Ein
Petitrolle.
Bei Wiederholungen andere
Rabatt.
Fremdenliste
nach Vereinbarung.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 16.

Donnerstag, den 21. Januar

1909.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Jan.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um halb 2 Uhr. Am Bundesratsstisch ist Staatssekretär Rieberding. Zunächst wurde in 3. Lesung der Handelsvertrag zwischen dem deutschen Reich und dem Freistaat San Salvador erledigt. Sodann wurde nach kurzen Bemerkungen einiger Abgeordneten in 3. Beratung der Gesetzentwurf betr. die Kontrolle des Reichshaushalts, des Haushalts von Elsass-Lothringen und der Schutzgebiete angenommen. Hierauf trat das Haus in die Fortsetzung der Debatte über den

Justizetat

Auf eine Anfrage des Abg. Kämpf (fr. Vp.) erwiderte Staatssekretär v. Rieberding: Ich bin in der Lage, mitzuteilen, daß die Niederlande an Deutschland die Einladung zu einer Konferenz über gemeinsame wechselfreudliche Bestimmungen haben ergehen lassen. Auch Italien wird sich dieser Konferenz anschließen. Daß deutscherseits vor der Konferenz Sachverständige gehört werden, ist selbstverständlich. Dem Abgeordneten Jung gegenüber, der das bekannte Attentat im Reichsgericht erwähnte, erklärte Staatssekretär Rieberding: Auch ich beklage tief den Vorgang, der einem hervorragenden Reichsgerichtsmittglied eine schwere Verwundung zugefügt hat und einem anerkannten Beamten den Tod brachte. Dafür, daß für die Hinterbliebenen etwas besonderes geschehen wird, ist begründete Aussicht vorhanden. Der Gesetzentwurf zur Regelung der Tarifverträge liegt dem Reichsamt des Innern vor. Es ist bei der Fälle gewerblicher Fragen, die der Entwurf enthält, unmöglich, ihn dem Haus zu übergeben, ehe das Reichsamt des Innern sich dazu geäußert hat.

Müller-Meinungen (fr. Vp.): Dem bereits geäußerten Wunsch nach einem Staatsgerichtshof für Deutschland schreibe ich mich an. Die Kriminalstatistik an sich kann natürlich kein Grund zur Freude sein; doch bemerke ich, daß trotz der die Kriminalität begünstigenden wirtschaftlichen Depression die Zahl der Verurteilungen in Deutschland gegen das Vorjahr um über 3000 zurückgegangen ist. Die größte Sorgfalt ist der gerichtlichen Behandlung Jugendlicher zuzuwenden. Hier

helfen nicht Polizeimaßnahmen, hier muß Schulpolitik, körperliche Ausbildung der Jugendlichen und Einführung einer Jugendfürsorge eingreifen. Die Staatsanwaltschaft ist noch immer die ungeliebteste deutsche Behörde. Sie sollte mehr daran denken, daß sie nicht nur den Belastungsbeweis, sondern auch gegebenenfalls den Entlastungsbeweis zu führen hat. Die ungleichmäßige Behandlung vor Gericht nach Geburt, Stand und Vermögen ist nicht statthaft. Die kriminalistische Behandlung der Jugendlichen verdient eine ernstliche Verbesserung. Das Auftreten mancher Staatsanwälte in Prozessen sei höchst bedenklich und einseitig. Notwendig ist uns ein gutes Verurteilungsverfahren. (Lebhafte Beifall links).

Abg. v. Dziembowski (Pole) beklagt sich über schädliche Eingriffe Preußens in die Reichsgesetzgebung. Das Reichsjustizamt solle dem energischer entgegenzutreten. Staatssekretär v. Rieberding weist diese Angriffe zurück.

Frund (Soz.): Man geht mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamtes fast zärtlich um in Erwartung des neuen Gesetzeswillingspaars. Auch ich will dem erwarteten freundlichen Ereignis gegenüber mit der Kritik zurückhalten. Bei der Hinzuziehung von Arbeitern zum Schöpfen- und Geschworenenamt wird leider die Rechnung manchmal ohne den Arbeitgeber gemacht. So drohte ein Arbeitgeber seinem Angestellten mit Entlassung, falls er sein Amt ausübe. Das ist eine eheleose Handlung. Der Reichskanzler sagte heute im Abgeordnetenhause, er sei im Prinzip mit der Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie einverstanden. (Hört, hört!) Wir stehen von heute ab bei formell gleichem Recht unter einem Ausnahmezustand. (Lebh. Sehr richtig!) bei den Soz. Wollen Sie aber den Schleier zerreißen, so sind wir zu frischem, frühlichem Kampfe bereit. Wir kommt dieser Versuch vor wie der Versuch, eine schwankende Kanzlerherrlichkeit zu stützen. Wir werden sehen, wer ein Ausnahmegesetz besser aushält, er oder wir.

Fahbender (Z.) bringt die neuerdings sich mehrenden Kindermisshandlungen und die häufig zu geringen Strafen dafür zur Sprache.

Werner (Reip.) fragt an, warum gegen den Geheimrat Damann nicht das Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei.

Sächs. Geheimrat Dr. Meyer erklärt, daß wegen der gerügten Mißstände bei der Einrichtung der Grete Veier in Freiberg die verantwortliche Stelle rektifiziert worden sei.

Hedfcher (fr. Vp.) bringt den Ipehoer Prozeß zur Sprache und verlangt Maßnahmen gegen die Wiederholung solcher Mißhandlungen von Anstaltszöglingen.

Markour (Z.) äußert sich über preßrechtliche Mißstände.

Heine (Soz.) übt Kritik an den Polizeiverordnungen in Sachsen, die sich gegen den Boykott richten.

Darauf wird der Justizetat in erster Lesung genehmigt, ebenso das Wechselstempelsteuergesetz und das Gesetz betr. die Festsetzung des Marktpreises beim Schlachtviehverkauf in zweiter Lesung.

Fortsetzung morgen 1 Uhr: Initiativantrag Abrecht und Gen. betr. die Regelung der rechtlichen Verhältnisse des ländlichen Gesindes.

Schluß nach 6 Uhr.

Kundschau.

Eine Rede Bülow.

Bei der Beratung des Etats im preussischen Abgeordnetenhause hat Ministerpräsident Bülow eine Rede gehalten, in der er Ausführungen über die Finanzreform die Wahlrechtsfrage und auch die Stellung des Monarchen machte. Er wandte sich zunächst den Steuerfragen zu: „Wir haben Steuern nötig, die in erster Linie den Besitz treffen. Wir können in unserer gegenwärtigen Notlage an der Nachtrahsteuer nicht vorbeigehen. Gegen die Reichsvermögenssteuer sprechen ernste Gründe staatsrechtlicher Natur. Eine weitere Erhöhung der Marktarbeitsbeiträge ist ebenfalls außerordentlich schwierig für Preußen, noch mehr für die kleinen Bundesstaaten. Bei der Nachtrahsteuer soll nicht schematisch vorgegangen, sondern den besonderen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Für die Landwirtschaft sind besondere Vergünstigungen vorgesehen.“

Ueber das Wahlrecht kann ich gegenwärtig nicht mehr sagen, als in der Thronrede angegeben ist. Dem Fall Schücking liegt eine symptomatische Bedeutung nicht bei. Solange ich als Ministerpräsident hier stehe, wird kein liberaler Beamter wegen seiner politischen Gesinnung zur Rechenschaft gezogen werden. (?) Selbstverständlich

im nächsten Augenblick gewiß aussprechen und dabei in ihr Gesicht schauen.

Würde sie es verhindern können, daß aus ihren zitternden Lippen wieder alle Farbe schwand? Würde sie soweit Herr über ihre Furcht werden können, um vor übergroßer Qual nicht laut aufschreien zu müssen?

„O, gütiger Himmel, hilf du mir!“ betete sie in ihrer namenlosen Angst voller Inbrunst. „Bis jetzt habe ich mein Geheimnis bewahren können; gib, daß ich es bis an mein Lebensende geheimhalten kann!“

Und nun war der gefürchtete Augenblick gekommen; doch wurde sie weder ohnmächtig, noch starb sie gleich. Sie sah, wie er die Blätter umwandte; sie bemerkte, wie er mit sichtbarem Interesse einige Abschnitte durchlas; dann wandte er sich plötzlich zu ihr. Sie hatte die Empfindung, als würde ein Dolch auf ihr Herz gezückt.

„Alice“, sagte er, und eine gewisse Erregung klang durch seine Stimme, „hast du seinerzeit von diesem Fall gelesen?“

Ihr schien es, als sei es nicht ihre Stimme, sondern eine fremde, die jetzt antwortete:

„Von welchem Fall, Leo?“

„Ein Fall, der sich vor einigen Jahren abspielte; es war bekannt als: Das Geheimnis von Golde-Fell“, erklärte er ihr und die Worte, die von seinen geliebten Lippen fielen, verfehlten ihr nicht den Todesstoß, wie sie verzweifelt gedacht hatte.

„Allzu fleißig habe ich die Zeitungen nie studiert“, lautete ihre leise Entgegnung, „und dann habe ich ja auch in Frankreich gelebt.“

„Dieser Fall war in ganz Europa bekannt“, sagte Lord Arden; „ich glaube, es gab kein Land, in dem dieser Fall nicht eifrig besprochen wurde.“

Er schien auf eine Antwort aus ihrem Munde zu warten.

„Was für ein Fall war es?“ forschte sie und legte sich dabei im stillen die Frage vor, wie lange wohl ihre Kraft ausreichen würde, diese Prüfung zu bestehen.

„Es handelte sich um einen Vergiftungsfall“, entgegnete er, „und zwar um einen der berühmtesten und be-

kanntesten in Europa. Ich sehe, du kannst dir seiner nicht mehr entsinnen; wahrscheinlich hast du damals nichts darüber gelesen. Ich lese für gewöhnlich solche Sachen auch nicht, doch dieser Fall war in jeder Weise von getadelt zu Aufsehen erregender Romantik.“

Sie sprach die Wahrheit, als sie entgegnete, daß sie von keiner Romantik dieser Art wisse.

„Wovon handelte er?“ erkundigte sie sich.

„Es war ein graufiger Fall“, erzählte er ihr. „Ein junges Weib — jung und schön, fast noch ein Kind — vergiftete ihren Mann.“

Sie konnte nicht verhindern, daß ihr Gesicht sich mit leichter Blässe überzog und ihre Hände zu zittern begannen, als sie entgegnete:

„Warum tat sie es?“

„Ich glaube kaum, daß sie sich selbst darüber klar war, warum sie das Verbrechen beging“, erwiderte er. „Meiner Meinung nach tat sie es, wie ich aus der Beweisaufnahme herausgand, weil sie ihren Gatten nie geliebt hatte und seiner überdrüssig war.“

„Würde sie für schuldig befunden?“ zwang Alice sich zu fragen.

„Rein“, lautete des Grafen Erwiderung. „Meiner Ueberzeugung nach war sie schuldig, aber die Richter scheinen Erbarmen mit ihrer Schönheit und ihrer Jugend gehabt zu haben, denn sie fällten den alten schottischen Urteilspruch: Nicht erwiesen.“

„Demnach hat die Geschichte sich also in Schottland abgespielt?“ sagte sie, um nur überhaupt etwas zu sagen.

„Ja, in der Nähe der Stadt Ardrossan“, antwortete er. „Der Fall war allgemein bekannt als: „Das Geheimnis von Golde-Fell“. Ich glaube, es gab keine Zeitung, die nicht davon voll war. Die Angeklagte war in jedermanns Munde.“

„Armes Kind!“ sagte Alice mitleidigen Tones.

„Ja, es war höchst traurig“, stimmte ihr Gatte ihr zu. „Sie war noch so jung, und er war ihr kein schlechter Gatte gewesen, obgleich sie ihm doch augenscheinlich nie Liebe entgegengebracht hatte. Es zeugte eben von der furchtbaren Verderbtheit ihres Charakters.“

(Fortsetzung folgt.)

Kaum ist der Mensch vom Schlummer aufgewacht,
Nimmst er den Wanderstab, der bei ihm lag,
Und fragt sich, was die Straße aus ihm macht:
Geht er durch eine Nacht in einen Tag?
Geht er durch einen Tag in eine Nacht?
Emanuel von Bornmann.

Schuldig oder nichtschuldig?

Roman nach C. N. Braeme von E. Felsing.
(Nachdruck verboten.)
(Fortsetzung.)

Der Widerschein des Feuers lag rosig auf ihrem Gesicht und huschte über ihr kostbares Kleid aus violettem Sammet. Als Lord Arden später das Zimmer betrat, hatte ihr süßes Gesicht wie durch Zauberwelt keine frühere Farbe und Frische wiedererhalten. Seine Augen strahlten auf, als er sie, über die Zeitungen gebeugt, eifrig lesend fand.

„Wie gut von dir, Alice, daß du das alles durchstudierst“, sagte er, „nun laß mich dir aber helfen. Hast du schon alles gelesen?“

Sie war wirklich imstande, ihm ein Gesicht zu zeigen, auf dem Aufmerksamkeit, Spannung und Interesse zu lesen war, doch nichts von Angst.

„Ich habe den Prozeß vollständig durchgelesen, und verhehe in mir“, sagte sie; „aber, Leo, ich glaube, deine Anwälte haben dir richtig und vernünftig geraten. Du wirst ihn wohl durchkämpfen müssen, aber du darfst keinerlei Recht für dich in Anspruch nehmen in betreff der Benutzung des Weges.“

„Ist das deine wahre Meinung, Alice?“ forschte er. „Allerdings“, gab sie ihm zur Antwort, und darauf nahm der Graf die Zeitungen zur Hand. Er las hier und da einige Zeilen und wandte die Seiten je nach Belieben um. Sie machte sich unterdessen auf das Schlimmste gefaßt und schaute ihr Herz gegen die Angst, die sie in Erwartung seiner Worte überfiel. Würde er sie doch

müß der Beamte denjenigen Takt zeigen, den seine Stellung erfordert. Natürlich darf ein Beamter sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen.

Was meine Ansicht über die Stellung des Monarchen betrifft, so habe ich keine Veranlassung, meine im Reichstag dargelegte Auffassung und mein Verhalten zu rechtfertigen. Ich halte es für die Pflicht des Reichsfanzlers, den Träger der Krone zu decken. Dieser Pflicht habe ich mich niemals entzogen. Ich habe früher im Reichstag erklärt, daß, wenn ich die Verantwortung für Aeußerungen des Monarchen nicht mehr tragen könne, ich Se. Majestät bitten würde, mich von meinem Amt zu entheben. Seitdem habe ich alles getan, was meine Pflicht war, um den Träger der Krone vor Mißdeutungen zu schützen. Als der Artikel im „Daily Telegraph“ erschien, habe ich nicht gezögert, die Schuld auf mich zu nehmen. Ich habe dafür zu sorgen, daß nicht Zwiespalt entsteht zwischen dem Träger der Krone und dem Volk. Ich habe dafür zu sorgen, daß die Stellung der Krone nicht aufs Spiel gesetzt und nicht abgenutzt wird. Jeder ehrliche Monarchist muß anerkennen, daß ich in den schweren Novembertagen als treuer Royalist in Uebereinstimmung mit dem Ministerium gehandelt habe. Auf dem Vertrauen zwischen Fürst und Volk beruht unsere Zukunft.

Der Vorwurf, daß die Regierung nicht energisch genug gegen die Sozialdemokratie vorgehe, ist unbegründet. Die Versuche zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind gescheitert an der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien. Ein Vorgehen mit gesetzgeberischen und polizeilichen Mitteln ist kein Allheilmittel. Vor allem muß die Regierung jetzt in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie unterstützt werden. Dazu gehört, daß die bürgerlichen Parteien Maß halten in der Kritik der Regierung. In Bezug auf die schuldige Treue und Ehrfurcht gegen den Thron ist in den letzten zwei Jahrzehnten furchtbar gesündigt worden. Leider kann man beobachten, daß Genußsucht, Luxus, und Trivoltät besonders in den oberen Ständen zugenommen haben. Wir sollten beginnen, wieder einfacher zu leben, damit die Söhne behalten, was sie von den Vätern ererbt haben.

Deutsch-Südwestafrika.

Die südwestafrikanische Denkschrift ist jetzt im Reichstage zur Verteilung gelangt. Ueber die politische Lage im Jahre 1907-08 heißt es darin:

Die friedliche Entwicklung hat erfreuliche Fortschritte gemacht; wohl treiben sich noch im Norden da und dort Feldherren herum, aber sie bilden keine Gefahr mehr für die Besiedelung des Landes. Im Süden traten noch vereinzelt einige Banden auf, die meistens aus der Kapkolonie kamen, sich aber nur Viehdiebstähle zu schulden kommen ließen. Wie es heißt, sollen Sendboten des Kapitäns Maharero herumziehen und die Stammesangehörigen zu bewegen versuchen, nach den Minen von Transvaal auszuwandern. Die Richtigkeit der Gerüchte hat sich nicht erweisen lassen. Die Ovambos verhielten sich durchaus friedlich. Ihr Land blieb nach wie vor dem allgemeinen Zutritt verschlossen.

Weiterhin sind folgende Angaben von Interesse: Die weiße Zivilbevölkerung ist von 7110 auf 8213 gestiegen, besonders beachtenswert ist die Zunahme der Frauen um 412, der Kinder um 290, sowie der Geburten von 152 auf 204. Die Zahl der Eingeborenen wird ohne die Ovambos auf 50 000 geschätzt. Die gesundheitlichen Verhältnisse waren im allgemeinen zufriedenstellend. Die eigenen Einnahmen der Schutzgebiete einschließlich derjenigen der Eisenbahnverwaltung betragen im Berichtsjahr nach dem vorläufigen Rechnungsabluß 6 342 408 Mark, gegen 3 116 450 Mark des Voranschlags und 3 253 314 Mark des Vorjahres. Dieser Ueberschuß ist auf bedeutende Mehreinnahmen bei den Steuern, bei den Zöllen und bei den Einnahmen aus dem Eisenbahnbetrieb zurückzuführen. Am Ausbau des Schulwesens wurde auf der bisherigen Grundlage weiter gearbeitet, gegen sechs Schulen im Vorjahre befanden sich am Ende des Berichtsjahres im Schutzgebiete acht. Infolge des großen Bedarfs an Gebäuden für Wohn- und Verwaltungszwecke war die Tätigkeit der Bauverwaltung äußerst rego. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch, wie er von manchen Seiten vorausgesagt wurde, ist nicht eingetreten. Der Rückgang im Warenumsatz ist eine natürliche Erscheinung, da mit Verminderung der Schutztruppe auch der Bedarf sich entsprechend verringerte.

Der durch den Krieg fast völlig vernichtete Viehbestand hat sich durch die Einföhrung und durch Zucht so weit vermehrt, daß er bereits jetzt wieder als ertragsliefernder Wirtschaftsfaktor in Betracht kommt. Im Minenbetrieb und Bergbau ist der Erfolg bescheiden gewesen. Es muß konstatiert werden, daß das letztverflossene Jahr als Todesjahr für mehrere lange bekannte und für ausichtsreich angesehene Lagerstätten gelten muß, deren relative Unbauwürdigkeit durch einwandfreie sachmännische Untersuchungsarbeiten nunmehr festgestellt ist. Der Betrieb der Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft litt unter Arbeitermangel, der durch den Bedarf an Arbeitskräften für den Bahnbau Otavi-Grooifontein noch verschärft wurde. Erst nach Fertigstellung dieser Bahn konnte sich der Grubenbetrieb mit Arbeitskräften einstellen. Der gesamte Privathandel im Jahre 1907 stellt einen Wert von 27 696 090 Mk. dar. Er bleibt gegen den Handel des Vorjahres um den nicht unwesentlichen Betrag von 9 035 906 Mk. zurück. Der Gesamthandel überhaupt — einschließlich Regierungsgüter — betrug 1907: 34 011 579 Mk. gegen 69 008 565 Mk. im Jahre 1906. Eine Erweiterung des Bahnnetzes des Schutzgebietes stellt eine neugebaute Eisenbahn von Otavi nach Grooifontein dar. — Der Denkschrift ist eine große Zahl von Anlagen mit verschiedenen Statistiken und vielen Abbildungen beigegeben.

Enfant terrible

Der Zentrumsparlamentarier und Journalist Mathias Erzberger, der von seiner eigenen Presse wegen seiner „Unüberlegtheiten“ so fürchterlich zerzaust und

in aller Form zumenfant terrible des Zentrums ernannt worden ist, wehrt sich jetzt in einer anmutigen Erklärung. Herr Erzberger sagt darin:

Einige Zentrumsblätter halten es für geboten, sich zur Freude der Gegner in Angriffen auf meine Person zu ergehen. Der Grundton dieser Ausstellungen ist, daß ich mich als Abgeordneter und Journalist zu eifrig betätige. Daß treue Pflichterfüllung jemandem zum Vorwurf gemacht wird, ist eine neue Erscheinung innerhalb des Zentrums. Aber ich lasse mich in eine Preßerörterung über die Angriffe, die auf falschen Voraussetzungen oder unrichtigen Informationen beruhen, nicht ein, da unsere Partei keinen Vorteil hiervon haben würde. Ich kann nur erklären, daß ich auch künftig, unbekümmert um diese Ausstellungen, meine Pflicht erfüllen und so handeln werde, wie ich es im Interesse des Vaterlandes und der Partei für geboten erachte.

„Unbeirrt“ — man sieht, Herr Erzberger versteht die großen Vorbilder, die ihm die Gegenwart bietet! Ob aber die ihm nahegehende Presse nun erklären wird, er sei — kein enfant terrible? Wir bezweifeln's.

Was Orden kosten.

Bei dem Ordensfeste in Berlin sind rund 4000 Orden und Ehrenzeichen zur Verteilung gelangt. Den weitestgehenden Anteil an den Ausgaben der Generalordenskommission hat der Posten „Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinsignien“ (220 000 Mark im neuen Etatsjahre!). Die Kosten für die Orden richten sich nach der Ausstattung und dem Material; daher ist mancher hohe Orden billiger als ein niedriger. Der höchste preussische Orden, der Schwarze Adlerorden, kostet 2400 Mark. Der Schwarze Adlerorden mit Brillanten stellt sich auf rund 6000 Mark. Die Brillanten zu diesem Orden werden nur selten verliehen, zumal sie beim Tode des Ritters den Angehörigen als Eigentum verbleiben. Ein Roter Adlerorden 4. Klasse kostet 10 Mark, 3. Klasse 50 Mark, während der Kronenorden, der nach dem Roten Adlerorden rangiert, wegen seiner Ausstattung erheblich teurer ist: die 4. Klasse kostet 22 Mark, die 3. Klasse 65 Mark, die 2. Klasse 85 Mark und die 1. Klasse 95 Mark. Der Preis der Medaillen und sonstigen Ehrenzeichen schwankt zwischen 4 bis 15 Mark. Von den am Ordensfeste verliehenen Auszeichnungen sind etwa 2000 Stück hohe Orden und Rote Adlerorden aller Klassen, 1000 Stück Kronenorden, königliche Hausorden von Hohenzollern, Rettungsmedaillen, Dienstauszeichnungen etc. und ungefähr 1000 Stück Allgemeine Ehrenzeichen. Während eines ganzen Jahres verleiht der Kaiser durchschnittlich 5000 Stück Ordensauszeichnungen. Alle diese Dekorationen sind jedoch bei der Generalordenskommission nicht ständig vorrätig. In den Tresors der Kommission lagern im allgemeinen nur 500 Stück. Sobald durch gelegentliche Verleihungen der Vorrat aufgebraucht ist, erfolgen Neubestellungen. Brillanten werden nie vorrätig gehalten, sondern von Fall zu Fall besorgt. Es mag noch erwähnt sein, daß ein großer Teil der zu verleihenden Orden nicht „neu“ ist. Die Orden höherer Klassen müssen nach dem Tode des Besitzers der Kommission oder in besonderen Fällen dem Kaiser persönlich zurückgegeben werden. Diese Orden werden von der Generalordenskommission den Juwelieren zur Aufbesserung übergeben und gelangen später in neuem Gewande als „neu“ zur Verleihung. Oft hat der Juwelier nichts weiter zu tun, als solche zur Reparatur gegebenen Orden nur etwas aufzupolieren. Das kommt daher, daß die Angehörigen des verstorbenen Inhabers nicht das Original abgegeben haben, sondern ein bei einem Ordensgeschäft gekauftes Exemplar übermittelten und das „echte“ Exemplar zum Andenken behielten.

Deutschland und England.

Die Londoner „Westminster Gazette“ weist auf die Wochenrundschau der „Nordd. Allg. Ztg.“ hin, welche die Hoffnung ausspricht, daß der Besuch der englischen Majestäten in Berlin (der auf den 9. Februar angesetzt ist), die Entwicklung des guten Willens in Deutschland und England zur Folge haben werde, und bemerkt hierzu: Wir erwidern herzlich diese Anschauung und können unsere deutschen Zeitgenossen versichern, daß das englische Volk ebenso bereit ist wie das deutsche, dem gegenwärtigen Argwohn ein Ende zu machen. Wir haben nicht den Wunsch, Deutschland isoliert zu sehen und wir haben ohne jeden Groll, wie die Bande zwischen Deutschland und Oesterreich zum wechselseitigen Vorteil beider Länder, und deshalb auch zum Vorteil des europäischen Friedens, im allgemeinen stärker wurden. Das ist eine gute Sache, welche die jüngste Krise gezeitigt hat und wir hoffen, sie wird von dauernem, festigenden Einfluß auf die Angelegenheiten Mitteleuropas sein.

Tages-Chronik.

München, 20. Jan. Prinz Ernst von Sachsen-Weimar, ein Oheim des regierenden Großherzogs von Sachsen und Vetter des Königs von Württemberg, ist gestern vormittag in München gestorben. Der Prinz befand sich seit vier Wochen in der Kuranstalt Neu-Wittelsbach, wo er vor 3 Tagen einen Gehirnschlag erlitt, an dessen Folgen er gestern vormittag 11 Uhr verschieden ist.

Koblenz, 19. Jan. Sehr bestimmt verlautet, daß Oberpräsident v. Schorlemer das Schloss Stolzenfels angekauft hat. Der Preis ist unbekannt.

Dresden, 19. Jan. Gestern fanden in der Nähe des Schlosses aermals Volksversammlungen statt, sodas die Zugangsstraßen polizeilich abgesperrt und eine Anzahl Eistierungen vorgenommen wurden.

Berlin, 19. Jan. Die Steuerkommission des Reichstags hat gestern mit großer Mehrheit den § 5 des Finanzgesetzes angenommen, der als Zeitpunkt für

die Herabsetzung der Zuckersteuer den 1. April 1910 festsetzt.

Berlin, 19. Jan. Der „Reichsanzeiger“ meldet die Ernennung des Rgl. württ. Oberlandesgerichtsrats Dr. Schanz in Stuttgart zum Mitgliede der kais. Disziplinarlammer.

Paris, 20. Jan. Die Kammer hat für die Familien der Opfer des Erdbebens in Italien, so weit sie französische Nationalität sind, 100 000 Frs. bewilligt.

Paris, 20. Jan. Das Komitee für die internationalen olympischen Spiele hat beschlossen, dem Grafen Zeppelin ein Diplom zu überreichen.

London, 20. Jan. Wie das Reutersche Bureau entgegen anders lautenden Meldungen erfährt, hat die englische Postverwaltung keine Verhandlungen wegen der Uegung eines Telephonabels von London nach Berlin mit der deutschen Postverwaltung angebahnt.

Petersburg, 19. Jan. Vier sind gestern 48 Personen an Cholera erkrankt und zwölf gestorben.

Tcheran, 19. Jan. In Täbris soll es nach Meldungen aus Petersburg den Truppen des Schahs endlich gelungen sein, die Revolutionäre zu besiegen und Täbris einzunehmen. Massenrichtungen finden im Namen des Schahs statt. Viele Bewohner fliehen über die russische Grenze, wo russisches Militär bereit ist, sofort einzuschreiten, sobald Europäer angegriffen werden, oder das Blutvergießen um sich greift.

Sacramento, 19. Jan. Im Repräsentantenhaus Kaliforniens wurde in dritter Lesung ein gegen die Japaner gerichteter Gesetzentwurf angenommen, der den Ausländern verbietet, in Kalifornien Grund und Boden zu besitzen.

Württembergischer Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

Stuttgart, 19. Januar.

Präsident v. Payer eröffnet die 133. Sitzung um 3 Uhr 15 Min.

Es kommen zur Beratung

die Interpellationen

Diesching (Sp.) und Genossen betr. die Stellung der württ. Regierung zur Erhebung einer Gas- und Elektrizitätssteuer durch das Reich,

Beh (Sp.) und Genossen betr. die Stellung der Regierung zu einer teilweisen Besteuerung des Weins durch das Reich und

Hanser (Z.) und Gen. betr. die Stellung der Regierung zu der im Reich geplanten Flaschenweinsteuer und Gas- und Elektrizitätssteuer.

August (Sp.) begründet die Interpellation Diesching und Genossen. Mit seltener Einmütigkeit sei von allen beteiligten Kreisen die Gas- und Elektrizitätssteuer verurteilt worden. Die Frage an die Staatsregierung über ihre Stellung im Bundesrat zu dieser Steuer sei daher berechtigt, weingleich die Gefahr, daß diese Steuer komme, schon so ziemlich verschwunden sei. Aber Steuerprojekte kommen wieder, und verschiedene Parteien haben sich im Reichstag nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit gegen die Steuer ausgesprochen. Deshalb sei es wünschenswert, daß auch der württembergische Landtag Stellung nehme. Württemberg sei bezüglich der Rolle von allen südbadischen Staaten am schlechtesten dran. Schon deshalb können wir uns mit einer solchen Steuer nicht befrenden.

Graf-Stuttgart (Zentr.) begründet die den gleichen Gegenstand betreffende Anfrage des Zentrums. Die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer sei ungerecht. Sie bedeute eine direkte Strafe für den Fortschritt. Das werde rit dären Worten in den Motiven angegeben. Die Steuer sei aber auch wirtschaftlich schädlich. Die Anreicherung der natürlichen Wasserkräfte werde durch diese Steuer gehemmt. Das Bestreben, dem platten Lande die Vorteile der Elektrizität zuzuföhren, werde gehemmt. Ein Nachteil sei, daß die Steuer auf die Produktion und nicht auf den Konsum gelegt werden solle. Das Handwerk werde durch die Steuer schwer geschädigt. Darin liege kein Anreiz für das Handwerk, sich neuzeitlichen Einrichtungen anzupassen. Auch die Landwirtschaft werde in Mitleidenschaft gezogen, und nicht minder die Gemeinden; man denke nur an die Befriedigung der Beleuchtungsbedürfnisse. Er schloste sich, da es sich hier nicht um eine politische, sondern um eine Landesfrage handle, dem Wunsche des Abg. August an, daß es zu einer einmütigen Kundgebung des württembergischen Landtags heute komme. (Beifall im Zentrum.)

Schmid-Belgheim (Sp.) begründet die Interpellation Beh und Genossen.

Hanser (Z.) begründet den ersten Teil der Anfrage seiner Fraktion. Die Meldung, daß Württemberg im Bundesrat für die Steuer gestimmt und Hessen in seinem Widerstand hiegegen nicht unterstützt habe, sei in Württemberg mit großer Erregung aufgenommen worden. In der württembergischen Bevölkerung bestebe dieser Steuer gegenüber eine Solidarität der Interessen, umso mehr als die Flaschenweinsteuer nur den Uebergang bilden werde zur allgemeinen Weinststeuer.

Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker: Für die verbündeten Regierungen ergab sich nicht nur die Notwendigkeit, allgemein Opfer zu bringen und die Verfolgung besonderer Wünsche zu Gunsten eines geschlossenen Vorgehens zurückzustellen, sondern auch hinsichtlich grundsätzlicher Bedenken sich in weiterem Umfang zurückzuhalten, als dies unter anderen Verhältnissen erforderlich gewesen wäre. Selbstverständlich ist für die württembergische Regierung die vorgesehene Reichsweinsteuer der Gegenstand erster Sorge gewesen. Bei ihrer Beschränkung auf Flaschenweine aber, die in Württemberg eine mehr untergeordnete Rolle spielen, ist eine Benachteiligung württembergischer Interessen, namentlich eine fühlbare Schädigung der württembergischen Weinbauer nicht zu befürchten, während eine allgemeine Reichsweinsteuer den größten Bedenken unterliegen wäre. Die Elektrizitäts- und Gassteuer wird Württemberg kaum härter berühren als die anderen Bundesstaaten. Die Gründe dagegen sind von der Regierung nicht verkannt worden; aber die Regierung hat sich nicht überzeugen können, daß dieser Steuerorschlag in so schwierigen Zeiten, wie sie vorliegen,



als unannehmbar erschien. Jedenfalls wäre eine Ablehnung nicht möglich gewesen ohne gleichzeitigen Vorschlag eines geeigneten Ersatzes. Solche Vorschläge mit Aussicht auf Erfolg zu machen, wäre die Staatsregierung nicht in der Lage gewesen. Unter diesen Umständen ist die Staatsregierung diesen Steuerprojekten im Bundesrat nicht entgegengetreten (Hört! Hört!), sie hat vielmehr ihr Absehen darauf gerichtet, eine funktionsfähige Abschwächung und Verbesserung der Projekte zu erzielen, und sie hat schließlich beiden Steuern zugestimmt, nachdem nicht unerhebliche Erleichterungen erreicht waren und die Beruhigung geschaffen war, daß eine Erweiterung der Flaschensteuer zu einer allgemeinen Weinsteuern nicht beabsichtigt sei. Die Frage, die der Herr Vorredner nicht ohne ein gewisses Feuer behandelt hat, daß die württembergische Regierung grundsätzlich gegen alle und jede Reichsbesteuerung des Weines eintreten solle, hat eine gewisse allgemeine politische Bedeutung. Es besteht eine Art von moralischem Reservatrecht für Württemberg. Die beiden Begründer der Interpellation gehen ja auch ihrerseits nicht davon aus, daß ein tatsächliches Reservatrecht Württembergs vorhanden sei. Es hat der frühere Ministerpräsident im Reichstag aufs Bestimmteste erklärt, ein Rechtsanspruch Württembergs bestehe nicht. Württemberg hat nur eine Art von moralischem Anspruch, daß nicht gegen den Willen Württembergs eine allgemeine Weinsteuern eingeführt werde. In den Bundestratsausschüssen bestand Übereinstimmung darüber und Herr v. Eydow hat das bestätigt, daß die Absicht nicht obwalte, eine allgemeine Weinsteuern einzuführen. (Zuruf: Jetzt nicht!) Für die württembergische Regierung wäre eine allgemeine Weinsteuern durchaus unannehmbar. Ich bin überzeugt, daß wir tatsächlich richtiger gehandelt haben durch unsere Mitarbeit im Bundesrat. Wir haben eine ganze Reihe von Bestimmungen des ursprünglichen Entwurfs beseitigen können. Die Regierung hat ihre Stellungnahme nicht zu verheimlichen. Damit komme ich auf die allgemeine Frage. Seit Gründung des Reichs ist Deutschland noch nicht in einer so außerordentlich schwierigen Lage gewesen. Nicht ohne Sorge verfolgen wir den Gang der Verhandlungen in Berlin. Man glaubt auch mit weniger auskommen zu können. Wir haben im Bundesrat das nicht geglaubt und sind jetzt noch dieser Ansicht. Wir dürfen uns keiner Illusion, keiner Verdunkelung der Verhältnisse hingeben; nur eine rücksichtslos offene und nüchterne Auffassung des Problems wird zum Ziele führen. Es muß erreicht werden, daß in Zukunft nicht mehr die Ministerratsarbeiten als ein unerhöflicher Refereatsfonds für alle und neue Ausgaben des Reichs betrachtet werden, und daß auch neue Anforderungen, die an das Reich gestellt sind, mit der nötigen finanziellen Vorsicht behandelt werden. Wir haben mit großer Genugtuung die Ausführungen des Abg. v. Payer im Reichstag gehört. Seine Ausführungen waren weithin von dem Geiste der objektiven Gerechtigkeit getragen. Die württembergische Regierung legt auf eine gründliche Sanierung der Reichsfinanzen das entschiedenste Gewicht. Sie hat deshalb auch sehr wesentliche Opfer gebracht. So hat sie sich denn auch für die beiden vorliegenden Steuerprojekte entschieden. Sie hat das für ihre Pflicht gehalten. Wenn Sie die beiden Steuern streichen, entsteht eine Lücke. Womit soll sie ausgefüllt werden? Von einem aber möchte ich ganz entschieden abraten, nämlich von der Illusion, als ob es möglich wäre, die Erleichterung der Reichsfinanzen zu erzielen im Wege einer weiteren Erleichterung des einzelstaatlichen Selbstweils. Sie werden aus dem neuen Hauptfinanzetat erfahren haben, wie die Dinge bei uns liegen. Wenn die Beamten des Reiches sehr wesentlich aufgebessert werden sollen, so muß ich daselbe für unsere Landesbeamten in Anspruch nehmen, wenn wir auch gar nicht daran denken können, das wir soweit gehen, wie es seitens des Reichs beabsichtigt ist. Ich erachte mich für verpflichtet, immer und immer wieder darauf aufmerksam zu machen, wie eng die Reichsfinanzen und die einzelstaatlichen Finanzen zusammenhängen.

Finanzminister v. Goltz: Er beschränkte sich auf spezielle Ausführungen. Man habe gegen die Einzelstaaten den Vorwurf der Verreichung auf Kosten des Reichs erhoben. Er halte es für seine Pflicht, hier vor der maßgebenden Stelle in Württemberg mit Nachdruck auf die württembergischen Finanzverhältnisse hinzuweisen. Komme man nicht bald zur Reichsfinanzreform, so erleiden die Zustände in den Bundesstaaten schweren Schaden. Unter der Franzosenischen Klausel war das Reich Kossägänger der Bundesstaaten. Wenn nicht rasch eine ausreichende Reichsfinanzreform geschaffen werde, könne man geradezu von einer Erdrosselung der Einzelstaaten reden. Diese Befürchtungen haben die Vertreter der Einzelstaaten im Bundesrat bekräftigt, und deshalb habe man alles getan, um möglichst bald ein einheitliches Ziel zu erreichen. In Bezug auf die Gas- und Elektrizitätssteuer könne er sich auf eine sehr maßgebende Autorität berufen, nämlich auf das hohe Haus selber. (Heiterkeit.) Im Jahr 1902 sei bei der Steuerreform die Besteuerung von Gas- und Elektrizität geradezu als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet worden. Von den heutigen schwerwiegenden Bedenken habe man damals nichts vernommen. Die Elektrizität sei kein zartes Pflänzchen mehr, sondern ein Baum, der Früchte tragen könne. Einen Ersatz für diesen Steuervorschlag zu finden werde schwer sein. Der Minister verbreitet sich sodann eingehend über die Einzelheiten der Weinsteuern. Die Befürchtungen seien grundlos. Manche man beispielsweise den umgebungsabhängigen Flaschenwein in Württemberg umgebungssteuerfrei — was eine Frage näherer Erwägung sei — so würde nur ein Ausfall von 50 000 Mark — 2 Prozent des Umgebungsbeitrags in Frage kommen. Nach all diesen Erwägungen und angesichts der Tatsache, daß im Bundesrat auf eine nahezu einstimmige Annahme der Vorlagen zu rechnen gewesen sei, und daß genügende Zusicherungen bezüglich der Gefahr einer allgemeinen Reichsweinsteuern gegeben worden seien, habe die württembergische Regierung den Projekten zugestimmt, weil eine Ablehnung zudem nur einen demonstrativen Charakter gehabt hätte.

Vizepräsident Dr. v. Kiene (3.) beantragt die Beantwortung der Interpellation.

Präsident v. Payer: Dieser Antrag müsse von 15 Mitgliedern unterstützt werden. Da aber beinahe schon so viele Redner zum Wort gemeldet seien (Heiterkeit), gehe er davon aus, daß die Unterstufung ausreiche.

Man tritt also in die Besprechung ein, und zwar zunächst in diejenige über die Gas- und Elektrizitätssteuer.

Voigt (W.): Die Reichsfinanzreform zwingt uns, manches Unangenehme zu schlucken. Die Bundesregierungen hätten schon längst auf eine sparsamere Politik hinarbeiten müssen. (Zustimmung.) Aber auch die Reichstagsabgeordneten seien nicht ganz unschuldig. Eine Ablehnung dieser Steuern würde in Württemberg freudig begrüßt. Die Ausführungen vom Regierungssitz bezüglich der Weinsteuern haben ihn allerdings wesentlich beruhigt. (Beifall rechts.)

Häffner (d. P.): Die härtere Belastung des Landes durch die Gas- und Elektrizitätssteuer sei gar nicht zu bezweifeln. Ungerecht sei sie, weil sie nur einzelne Betriebskräfte zur Besteuerung herausgreife. Damit werde in nicht wünschenswerter Weise in den Konkurrenzlauf eingegriffen. Eine Schwächung der Steuerkraft und Störung in der Entwicklung sei zu befürchten. Besonders bedenklich sei die Erhebung einer Steuer auf die Beleuchtungskörper. Die deutschparteiliche Fraktion stehe bei aller Anerkennung der Schwierigkeit der Lage auf dem Standpunkt, daß die Gas- und Elektrizitätssteuer keine richtige Lösung sei, sondern daß Deutschland davon verschont bleibe. (Beifall.)

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird abgebrochen und die Fortsetzung auf morgen vormittag 10 Uhr anberaumt. — Schluß 7 Uhr 15 Minuten.

Aus Württemberg.

Konrad Haußmann über die Haltung der Sozialdemokraten in der Simultanschulfrage. Konrad Haußmann schreibt im Berl. Tageblatt in einem Artikel über die württembergische Sozialdemokratie folgendes: Die Schädlichkeit der sozialdemokratischen Taktik läßt sich heute an einem grotesken Beispiel aufzeigen. Die Gelegenheit lieferte die württembergische Volksschulnovelle. Das Bestreben, eine wichtige Bresche in die christliche Mauer der Konfessionalität zu legen, hat die Sozialdemokratie durch ihre Stimmen zu nichte gemacht und den verbündeten Abgeordneten Gröber und Schrempf einen Triumph bereitet, den sie selbst nicht mehr zu erreichen gehofft hatten. Haußmann kommt dann im einzelnen auf die Gründe dieser selbstmörderischen Taktik zu sprechen und schreibt: „Ist es schlechte Führung, ist es Prinzipienverleugerei unfruchtbarer Art, ist es der agitatorische Wunsch, das, was die Linke hätte erreichen können, als ungenügend zu diskreditieren — es ist ein so schlimmes wie das andere. Acht Sozialdemokraten waren jedenfalls nicht einverstanden mit der Verwerfung, die sieben durchsetzten. Die Sozialdemokratie ist in drei Teile auseinandergefallen. Aber der Kern der Fraktion hat genügt, um Zentrum und Konservative aus einer Minderheit zu einer Mehrheit zu machen. Es ist ein erhebendes Gefühl, das „Bänglein“ zu sein, aber man darf nicht zweispaltig nach der falschen Seite züngeln. Ein Block aus Zentrum, Konservativen und Sozialdemokratie bringt den Fortschritt einer fakultativen Simultanschule zu Fall. Das ist der neueste politische Bildersbogen von Württemberg. Fest steht, daß die Sozialdemokratie hier einen wichtigen Fortschritt verhindern und Jahre hinauschieben helfen. Das ist unlegbar eine sehr merkwürdige politische Tatsache.“

Stuttgart, 14. Jan. Der gestern vorgenommene Rassensturz in der Staatsschuldenkasse hat ergeben, daß der Stand der Staatsschuld am 18. Jan. im ganzen die Summe von 599.208.528 M. 80 Pf. betragen hat, was gegenüber dem Stand vom 14. Dez. 1908 eine Abnahme der Staatsschuld um 173.000 M. bedeutet.

Stuttgart, 20. Jan. Der Württembergischer Verband für Württemberg und Hohenzollern hielt gestern nachmittags eine aus allen Teilen des Landes zahlreich besuchte Ausschusssitzung ab. Der Vorsitzende Wentz-Kanzak teilte mit, daß der Verband deutscher Müller (Sitz Berlin) im Juni ds. Js. in Stuttgart seine jährliche Hauptversammlung abhalten werde. Zur Beratung dieser Versammlung wurde ein engeres Komitee bestellt. Der Vorsitzende berichtete über die Tätigkeit des Verbandes in Sachen der Umsatzsteuer und Frachtenfrage. Es wurde beschlossen in einer erneuten Agitation zur Erreichung dieser Ziele einzutreten, da hiervon die Existenz der Binnermühlen abhängt. Der lebhaft verlaufenen Sitzung wohnte auch der Vorsitzende des Verbandes deutscher Müller Kommerzienrat Bauriedel-Nürnberg an.

Stuttgart, 20. Jan. Der Hauptmann von Köpenik, der Schuhmacher Wih. Voigt, der sich in letzter Zeit in Augsburg aufhielt, ist nun auch nach Stuttgart gekommen. Er traf gestern Abend hier ein und ist in einem Gasthof in der Friedrichstraße abgestiegen.

Gaunstatt, 19. Jan. In Fellbach hat gestern der Weingärtner Wilhelm Albring mit seiner Gattin das Fest der goldenen Hochzeit begangen. Sie sind 78 und 77 Jahre alt. Das Jubelpaar erhielt vom König eine Bibel als Angebinde.

Ulm, 18. Jan. Die Versinkung der oberen Donau beginnt nun auch allmählich die Donauanlieger weiter abwärts zur Stellungnahme zu veranlassen. Die Stadt Ulm hat im Interesse ihres neugeschaffenen Donaukraftwerkes mit Grundwasserzuführung sich nachdrücklich gegen das Projekt des Professors Endrich gewendet, das durch Umleitung einen Teil des zur badijschen Nachquelle versinkenden Donauwassers zur zweiten Versinkungsstelle bei Tuttingen führen, hier aber weiter versinken lassen will. Das neikonstituierte Handelsgremium Neu-Ulm hat in seiner ersten Sitzung vom Dienstag beschlossen, im Hinblick auf die Wichtigkeit der Erhaltung des Wasserstandes der Donau, für deren Schiffbarmachung die radikale Beseitigung der Donauversickerung anzustreben.

Ulm, 20. Jan. In einer sehr zahlreich besuchten Versammlung wurde gestern hier ein Oberschwäbischer Verein für Luftschiffahrt gegründet und Hauptmann Reuschler zum ersten Vorsitzenden gewählt. Dem Verein haben sich nahezu 200 Mitglieder aus Ulm und den benachbarten Städten angeschlossen.

Ulm, 18. Jan. Der hiesige Gemeinderat hat in einer Eingabe an das Ministerium um einen Staatsbeitrag zu den Kosten der in den Jahren 1906 und 1907 aus-

führten Grundwasserzuführungsanlage nachgesucht. Dem Gesuch ist ein ablehnender Bescheid zuteil geworden, weil die im Hauptfinanzetat für diesen Zweck ausgeworfenen Mittel lediglich dazu bestimmt seien, kleineren bedürftigen Gemeinden eine Unterstützung bei den erstmaligen Ausführungen von Wasserzuführungsanlagen zu gewähren. Daß diese Mittel aber bei weitem nicht ausreichen, um die von solchen Gemeinden einkommenden Gesuche, die teilweise auf Jahre zurückgestellt werden müssen, zu befriedigen und daß insbesondere Staatsbeiträge zu Erweiterungen bestehender Wasserleitung wie dies hier der Fall ist, nur in Ausnahmefällen gewährt werden können.

Friedrichshafen, 19. Jan. Gestern Abend hat sich ein Detachement des Luftschiffer-Bataillons in Tegel nach Friedrichshafen begeben, um den vom Reich erworbenen „Zeppelin“ offiziell zu übernehmen. So meldet die „Berl. Morgenpost.“ Das „Tageblatt“ dagegen sagt, von der Versuchskompanie des Luftschiffer-Bataillons in Reindendorf hätten sich gestern ein Feldwebel und 7 Mann, darunter 3 Chauffeure und 4 Seiler, nach Friedrichshafen begeben, um sich mit der Handlung des Zeppelinschen Luftschiffes vertraut zu machen. Ferner seien Hauptmann von Jena, 6 Unteroffiziere und 65 Mann des Luftschifferbataillons angewiesen worden, sich zur Abfahrt nach Friedrichshafen bereit zu halten.

Nah und Fern.

Im Landesgewerbemuseum in Stuttgart fiel ein Maschinemeister von einer umstürzenden Leiter vier Meter hoch herunter und erlitt eine Gehirnerschütterung.

Dienstag vormittag wurde eine 30jährige Frau auf der Straße von Mühlhausen nach Korneweheim von zwei Handwerksburschen angefallen. Der eine hob ihr mit dem Taschentuch den Mund zu, während der andere sie mit dem Messer bedrohte. Als sie ihr Geld 12 M abgab, ließen sie die Burschen frei. Auf telefonische Nachricht konnten die Täter in Mühlhausen vom Landjäger verhaftet werden.

Die Pauline Erhard von Britschweier (Biberach), die im Verdacht stand, ihren 4 Jahre alten Knaben in den Rißkanal bei Biberach geworfen zu haben, so daß er ertrank, wurde in Binswangen festgenommen. Sie gibt zu, das Kind ins Wasser geworfen zu haben, weil es voriges Jahr ein Auge verloren habe. Die Person ist geistig sehr beschränkt und wahrscheinlich auch gestört.

In Schramberg brach in der Kartonfabrik von Gustav Raier Feuer aus, das innerhalb einer Stunde einen Teil der Partiergeschäftsräume und das große Lager im Dachstuhl vollständig zerstörte. In einer Rettung des ganzen massiven Gebäudes war nicht zu denken, infolge Wassermangels und des ziemlich späten Eintreffens der Feuerwehr. Der Gebäude- und Materialschaden ist durch die Wassermassen sehr erheblich. Brandstiftung wird vermutet.

Bei einem Autounfall in der Nähe von Turin wurde von den Insassen des Kraftwagens Otto Bed, der Vertreter einer deutschen Fabrik für Automobilbestandteile, augenblicklich getötet, Ferraris, Werkführer der Fiat-Fabrik, starb nach wenigen Minuten, der Ingenieur Bernardi wurde lebensgefährlich verletzt, der Chauffeur Giorgelli leicht verwundet.

In Reggio nell'Emilia brach während einer Wohltätigkeitsvorstellung zu Gunsten der durch das Erdbeben in Süditalien Verunglückten in einem Kinematographentheater Feuer aus. Die Zuschauer strömten in wilder Flucht aus dem Theater, wobei zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Die Erdbebenkatastrophe in Süditalien.

Die Erdbebenperiode, die mit dem katastrophalen Erdbeben vom 28. Dezember einsetzte, hat immer noch nicht ihr Ende erreicht. Auf die großen norditalienischen Beben vom 13. ds. Mis. folgte gestern ein zweites Erdbeben, das um 6 Uhr morgens von den Instrumenten der Kaiserl. Station für Erdbebenforschung in Straßburg aufgezeichnet wurde. Die Störung dauerte im ganzen nur etwa 15 Minuten, ist aber wegen der gleichzeitig herrschenden großen Unruhe des Bodens schwer zu lesen. Die ersten Vorläufer sind um 6 Uhr 42 Sekunden deutlich zu erkennen. Das Maximum des Bebens trat etwa 8 Minuten später ein. Der Beginn der zweiten Vorphase läßt sich nicht mit Sicherheit bestimmen, trotzdem kann man annehmen, daß das Epizentrum des Bebens in etwa 2000 Kilometer Entfernung von Straßburg liegt. Aller Wahrscheinlichkeit nach gehört es wieder dem Gebiet der Mittelmeerländer an.

In Messina brach in der Nacht auf Dienstag in den Haustrümmern längs der Küste eine heftige Feuersbrunst aus, die von starkem Wind begünstigt wurde. Truppen und Schiffsmannschaften machten sich sofort an die Löschung des Brandes, mußten sich aber, da dieser Versuch vergeblich war, darauf beschränken, ihn zu isolieren.

In Reggio die Calabria sind gestern vormittag zum Teil starke Erdstöße verspürt worden. In der Nacht ist Schnee gefallen und hat das Gebirge bedeckt. Auch aus Messina wird Schnee gemeldet. Spanische Marinemannschaften haben die Messina benachbarten Dörfer besucht, um Hilfe zu bringen.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 19. Jan. Die Strafkammer hat den früheren Sekretär des hiesigen Hausbesitzervereins, Josef Brillert wegen Doppelsehe und Urkundenfälschung in zwei Fällen, unter Jubelung mildernden Umständen, zu 10 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, verurteilt.

F. Amüsment! Am Sonntag wird bei dem hies. unternehmenden Gastwirt Herrn Krimmel zur alten Linde eine humoristische Veranstaltung, die freudig zu begrüßen ist. Der Humorist und artistische Schriftsteller Herr Max Banzer, J. J. Direktor des Pforzheimer Uniontheaters, wird, bei Klavierbegleitung des Herrn Wönerer, humoristische Vorträge etc. halten und zwar in der Zeit von 3 Uhr nachm. bis 7 Uhr abends und von 8 Uhr abends bis 11 Uhr nachts. Es geht ein guter Ruf voraus. Er war von 1876—1886 Operettenchor am Stadttheater und von 1893—96 Direktor des Volksschauspieltheaters in Nürnberg. War engagiert an allen großen Varietheatern: Kolosseum Karlsruhe, Kolosseum Freiburg, Friedrichsbautheater Stuttgart etc. etc. Macht keine humoristische selbst und gastiert sonst nur in Pforzheim. — Durch diese Soiree stehen uns einige recht amüsante Stunden bevor; wir können den Besuch der Veranstaltung bestens empfehlen.

Im Konkursverfahren Karl König, Sattlermeister, in Schömberg, bringt der stellv. Bezirksnotar Schumacher dessen Anwesen am Montag, den 25. Januar, vorm. 11 Uhr im Rathaus in Schömberg zum 2. und letzten Mal zur öffentlichen Versteigerung

Wildbad.

Die Militärflichtigen

von den Jahrgängen 1887, 1888 und 1889 werden aufgefordert, sich am

Donnerstag, den 21. Januar 1909

von abends 6—7 Uhr

hier auf dem Rathaus (Meldeamt) anzumelden.

Die Angehörigen der Jahrgänge 1887 und 1888 haben ihre **Lösungsscheine** und diejenigen des Jahrgangs 1889, soweit sie auswärts geboren sind, ihre **Geburtscheine** mitzubringen.

Wildbad, den 19. Januar 1909.

Stadtschultheißenamt Böhner.

Wildbad.

Brennholzverkauf.

Freitag, 22. Jan., vorm. 10 Uhr

auf dem Rathaus in Wildbad aus:

Stadtwald II, Leonhardswald, Abt. 8 c u. d, Schmidswaldle:

166 Am. Nadelholz- und Reisprügel;

Stadtwald III, Sommersberg, Abt. 5 b, Langstichle:

71 Am. Nadelholz- und Reisprügel;

Stadtwald IV an der Linie Abt. 10 c, Kesselloch:

5 Am. buchene Prügel II. Kl.

Stadtwald III Sommersberg, Abt. 2 c, Schleisweg:

16 Am. tannene Prügel II. Kl.

3 Am. Nadelholz-Reisprügel;

Stadtwald VI Regental, Abt. 6 b:

20 Stück Nadelholzwellen (Forchen)

Stadtwald III Sommersberg, Abt. 1 e, Wolfsschlucht:

9 Am. tannene Koller Präl. I. Kl.

43 Am. tannene Prügel II. Kl.

8 Am. Nadelholz-Reisprügel;

Stadtwald III Sommersberg, Abt. 5 f, Langstichle:

66 Am. tannene Prügel II. Kl.

25 Am. Nadelholz-Reisprügel;

Stadtwald der Hut III und IV:

1 Am. buchene Prügel II. Kl.

3 Am. tannene Scheiter

3 Am. Prügel I. Kl.

453 Am. II. Kl.

84 Am. Nadelholz-Reisprügel

3 Am. tannene Rinde;

Stadtwald I Meistern, Abt. 1 f, Großer Rant:

14 Am. Nadelholz- und Reisprügel.

Stadtwald I Meistern, Abt. 3 b, Oberhardssteig u. Abt. 4 b,

Schillereiche:

4 Am. eichene Prügel

11 Am. eichene Reisprügel;

Stadtwald auf der Grenze der Lautenschloßwiesen und Staatswald

Landstraße:

5 Am. Erlene Prügel

7 Am. Nadelholz-Erlen, Weiden Rirschbäume Prügel

8 Am. Nadelholz und Erlene Reisprügel.

Stadtwald Meistern, Leonhardswald und Wanne:

19 Am. Nadelholz- und Reisprügel;

Aus der Debe am Straubenbergerwasen:

2 Am. Lärche und Lärche Reisprügel.

Stangen:

im Distrikt III Sommersberg, Abt. 5 b, Langstichle:

13 St. Baustangen II.—III. Kl.

22 St. Hagstangen II.—III. Kl.

99 St. Hopfenstangen I.—III. Kl.

101 St. Rebstecken.

Wildbad, den 15. Januar 1909.

Stadtschultheißenamt Böhner.

Aufforderung!

zur Anbringung der Gesuche um Zurückstellung

Militärflichtiger von der Aushebung wegen

häuslicher Verhältnisse.

Diejenigen, welche Ansprüche auf Zurückstellung Militärflichtiger wegen häuslicher Verhältnisse aus den in der deutschen Wehrordnung § 32 3. 2 lit a bis o aufgeführten Gründen (Reklamationen) erheben wollen, werden aufgefordert, dieselben womöglich so zeitig geltend zu machen, daß sie noch vor dem Zusammentritt der zur Entscheidung darüber berufenen Erziehungskommission vollständig erörtert werden können. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß verspätet angebrachte Gesuche nicht berücksichtigt werden.

Wildbad, den 19. Januar 1909.

Stadtschultheißenamt Böhner.

Prima Holländer

Schellfische und Kabliau

empfeht

Adolf Blumenthal.

Drucksachen aller Art

stellt schnell und preiswert her B. Hofmannsche Buchdruckerei

Termin-Kalender.

Bersammlungen, Holzverkäufe, Submissionen etc.

Schwann.

Zwangsinnung für das Sattler-, Tapezier- und Dekorateurgewerbe im Oberamtsbezirk Neuenbürg. Nachdem die Sühnungen einer Zwangsinnung für das gen. Gewerbe genehmigt worden sind, werden die beteiligten Gewerbetreibende zu einer am Sonntag, den 24. Januar, nachm. 2 Uhr im Gasthaus zum „Waldhorn“ in Schwann stattfindenden **Bersammlung** berufen, in welcher die Innung konstituiert wird und die erforderlichen Wahlen zu den Innungsämtern vorgenommen werden.

R. Oberamt Neuenbürg.

Bewerber-Aufruf. Die Stelle des Oberamtsbaumeisters infolge Rücktritts des bisherigen Inhabers auf 1. April d. J. zur Erledigung. Befähigte Bewerber werden aufgefordert, ihre Meldungen belegt mit den Nachweisen über ihre berufliche Ausbildung bis spätestens auf 1. Februar d. J. beim Oberamt einzureichen.

Neuenbürg.

Vortrag der Ortsgruppe des Flotten-Vereins am Sonntag, den 24. Jan., abends 7½ Uhr im Gasthof zur „Sonne“ über „Die Gansa“ Referent Hr. Prof. Dr. Brunner-Pforzheim.

Mitglieder-Bersammlung des Bezirks-Pferdeversicherungsvereins Neuenbürg am nächsten Sonntag, den 24. Januar, nachm. 2½ Uhr im Gasthaus zum „Bären“ daselbst. Alle Pferdebesitzer sind eingeladen.

Enztal.

Holzverkauf am Samstag, den 23. Januar, nachm. 5 Uhr im „Dirsch“ in Enztal aus I Wanne 10, 12, 13, 50; II Schöngaru 4, 9, 10, 14, 15; III Dietersberg 4, 7; VII Kälberwald 2, 7, 18, 21, 41, 63; 3 Eichen mit 0,82 fm. V. bis VI. Kl.; 1 Buchen mit 9,33 fm. III. bis V. Kl.; 1 Am. Nadelholz-Koller; 1 dito Andruck; 337 Am. Nadelholz-Reisprügel; 2545 Wellen Schlagraum.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. Verantw. Redakteur: E. Reinhardt, daselbst.

Hotels und Pensionen

mache ich besonders auf meine

Tisch- u. Bettwäsche

aufmerksam. Tischtücher, Handtücher, Servietten (mit eingewobenem Namen bei einem Mindestquantum von 10 Duzend kostenlos.)

Bettwäsche in jeder Ausführung in festons, Stickerie und Durchbrucharbeiten in tadelloser, eleganter Nachart.

Nur erstklassige Fabrikate. Billigste Preise.

Im Interesse rechtzeitiger Lieferung bitte ich um frühzeitige Bestellung.

Ph. Bolch.

Wilh. Treiber, Wildbad.

Spezial-Haus für moderne Schuhwaren.

Alleinige Niederlage der berühmten Spiessstiefel.

Günstiger Gelegenheitskauf

von Schuhwaren

in Goodyear Welt Rahmen genäht,

so lange Vorrat:

Herren-Vog-Calf-Agrassenstiefel früher 15 Mk. jetzt nur 12.50 Mk.

Herren-Schwebrang-Agrassenstiefel früher 14.50 Mk. jetzt 11.50 Mk.

Damen-Schwebrang-Schnürstiefel früher 14.50 Mk. jetzt 11.50 Mk.

prima Vog-Calf-Schnürstiefel mit Lackkappe früher 15 Mk. jetzt 12.50 Mk.

Damen-Vog-Calf-Schnürstiefel ohne Lackkappe früher 14.50 Mk. jetzt 11.50 Mk.

Große Auswahl in

Winterschuh-Waren

zu billigen Preisen.

Wachs-Glanz-Creme

Erdal fürbt und feuchtet ihn ab

Hochglanz bleibt auch bei Nässe erhalten.

Achtung!

Von heute ab befindet sich mein Verkaufsraum in

meinem Parterre-Zimmer gleich hinter dem Laden. Eingang

von hinten. Gebe auf

sämtl. Kurzwaren 10 Proz. Rabatt

und auf

Herrenstoffe, Herrenkleider, gestrichte Westen, Unter-

hosen, Hemden, Kravatten, Korsetts etc.

15 bis 25 Prozent Rabatt.

Achtungsvoll

Rob. Riexinger.



Kübler's gestr. Knaben-Anzüge

Alle Anzüge sind nur aus garant. reiner, bester Wolle in licht- und waschbaren Farben hergestellt.

Größte Dauerhaftigkeit!

Billigste Preise!

Reparaturen sowie Verlängerung der Fosen und Ärmel werden fast unsichtbar ausgeführt. Die so beliebten

Reformbeinkleider für Damen u. Mädchen auch Sweaters für Herren und Knaben sind zu haben bei

Geschwister Horkheimer

neben der Postapotheke.

Abbitte!

Die gegen den Schuhmachermeister **Wilhelm Krauß**, hier, ausgesprochenen beleidigenden Äußerungen nehme ich als unwahr zurück und leiste Abbitte.

Wildbad, 20. Januar 1909.

Wilh. Paul Krauß,

Dienstmann.

Gesehen: **Stadtschultheißenamt**

Böhner.

K. Forstamt Meistern

in Wildbad.

Stamm-Holzverkauf

im schriftlichen Aufstreich.

Am **Dienstag, den 2. Februar,**

vorm 9 Uhr in Wildbad auf der

Forstamtskanzlei aus Staatswald

Meistern Abt. 19 und 21 Rauber-

berg 28 Hnt. Waldhütte und vom

Scheidholz, Nadelholz und Langholz

786 Stück mit Festim. 39 I., 55 II.,

73 III., 61 IV., 87 V., 47 VI.

Kl. Sächholz: 167 Stück mit fm.

63 I., 56 II., 15 III. Kl. Säml.

Holz ist angerückt. Bei Stammholz

VI. Kl. wurde kein Ausschuh gemacht.

Die verschlossenen bedingungslosen

Angebote in Ganz- und Jektel-

projekten mit der Aufschrift „An-

gebot auf Nadelholzstammholz“ wollen

spätestens zu obengenannter Stunde

beim Forstamt abgegeben werden.

Der alsbald erfolgenden Eröffnung

können die bietenden anwohnen. Ab-

schlußtermin 1. Juni 1909. Losver-

zeichnisse und Offertformularen un-

entgeltlich, Schwarzwaldblätter gegen

Bezahlung durchs Forstamt.

Wildbad.

Ca. 170 Centner

Heu u. Ochrod

— in den Scheuern am Charlotten-

weg lagernd — sind

zu verkaufen.

Schriftliche Angebote mit Angabe

des Zentnerpreises werden bis

Samstag, den 23. Januar,

vormittags 11 Uhr,

entgegengenommen.

Kgl. Baupolizei.

Holz-Asche

wird fortwährend angekauft und wird

im Hause abgeholt von

Straub, Schuhmacher.

Eine Wohnung

mit Zubehör hat zu vermieten.

Max Eitel Ww.

Milchreicherer Käse, schwerere Hälber u. Ochsen, stets feinstufige fettere Schweine

erzelt man durch regelmäßige Bezüge von dem besten

Milch- u. Mastpulver „Bauernfreund“

Langjährige glänzende Erfolge.

Alte Fabrikant Th. Lauer, Regensburg.

In Wildbad zu haben bei

Christ. Schmid, Feilenhauer.

Auf Freitag empfiehlt

frische Schellfische

und Cabliau

Hermann Kuhn.

H. Sauerkraut

per Pfund 15 J

empfeht

Gemüsehandlung Köhle.